

Security by Obscurity?

In militärischen Bereichen ist es immer wieder üblich, auch durch Intransparenz von Objekten und Vorgängen ein Stück Sicherheit zu schaffen. Dazu sind aber 3 **Voraussetzungen** unabdingbar:

- Der Kreis der wissenden Personen muss so klein sein, dass jedem Einzelnen absolutes Vertrauen entgegengebracht werden kann, dass er sein Wissen an keine Aussenstehenden weitervermittelt.
- Die Zeitspanne, während der ein Geheimnis ein Geheimnis bleiben muss, muss überblickbar sein.
- Es gibt einen Verantwortlichen, der die Folgen trägt, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt werden.

Bei E-Voting sind naturgemäss alle diese Voraussetzungen nicht gegeben. Selbst bei Geheimhaltung von allen E-Voting Abläufen kann davon ausgegangen werden, dass das Wissen darüber bei den ausländischen Herstellern von Applikation und Plattformen so breit und weitverzweigt vorhanden ist, dass es auf keinen Fall durch schweizerische Stellen geschützt werden könnte. Das Geheimnis der Krypto-Schlüssel mag möglicherweise tatsächlich geheim und sicher sein. Dass diese Tatsache aber allein nicht genügt, die Sicherheit des Gesamtsystems zu gewährleisten, wird in den detaillierten Analysen auf dieser Seite www.noevoting.ch hinreichend belegt.

Mit der **vollständigen Transparenz** muss beim Stimmbürger soweit Vertrauen in das komplexe Gesamtsystem hergestellt werden können, dass keine Zweifel über Absichten und Sach-Kompetenz gegenüber Herstellern, Betreibern und Behörden aufkommen können. Alle inländischen Experten müssen offenen Zugang zu allen technischen Spezifikationen und Lösungen bekommen können, damit sie entweder Hinweise auf Schwachstellen oder dann Bestätigung für die Professionalität der Sicherheitskonzeptionen geben können. Nur so ist ein Mindestmass an Grundvertrauen zu erreichen.

Selbstverständlich kann auch ein Gegner sich mit so einer gewährleisteten Transparenz über Schwachstellen im Detail orientieren und findet somit schneller eine ungesicherte Schwachstelle, über die das System angreifbar ist. Dagegen gibt es gar keinen Schutz und schon gar nicht die Intransparenz, denn diese würde nur beweisen, **dass man die eigene Bevölkerung für dumm verkauft und sie damit einzig zum Schutz gegen unangenehme Publizität missbraucht!**

Dass aufgrund der Komplexität des Sachverhaltes hier sofort sehr komplizierte und schwierige Diskussionen in der Öffentlichkeit entstehen, darf weder verwundern noch zum Schluss führen, dass man diese unterdrücken sollte, weil „Teile der Informationen zu einer Beunruhigung der Bevölkerung führen könnten“ (Zitat Bundesminister (DE) de Maizière, 2015, nach einem Bombenalarm). Diese Diskussionen müssen breit geführt werden, auch mit der Gefahr, dass die breite Bevölkerung letztlich nicht zu überzeugen ist, dass der Nutzen von E-Voting seine Risiken überwiegt. Eine späte, nachträgliche Einsicht, Risiken verkannt zu haben, mag nicht förderlich für das eigene Image der politischen Weitsicht und Sachkompetenz sein. Aber sie wäre allemal besser als ein stures Beharren auf der Rechtmässigkeit des eigenen Vorgehens.